

Mehr Kitaplätze und weniger Gewalt

Mehrere hundert Frauen haben am Frauenstreik in Schaffhausen für die Rechte der Frauen demonstriert. Thema war auch der Fall rund um Fabienne W. – Schaffhausen habe daraus nicht die richtigen Lehren gezogen.

Till Burgherr

SCHAFFHAUSEN. Laute Pfiiffe erfüllten am Freitagabend die Gassen der Schaffhauser Altstadt. Mehrere hundert Frauen bildeten einen Demonstrationzug und liessen violetten Rauch aufsteigen. Die Pfiiffe galten dem Patriarchat und den Männern, welche die Rechte der Frauen mit Füssen treten. «Es ist nie die Schuld der Überlebenden, sondern die der Täter», machte etwa eine Demonstrantin deutlich. «Es spielt keine Rolle, was wir anhaben und wie viel wir getrunken haben», fuhr sie fort.

Fall Fabienne W. hat aufgerüttelt

Viele Frauen zeigten sich an der Kundgebung erneut bestürzt, wie die Öffentlichkeit mit dem Fall rund um Fabienne W. umgegangen ist. Die Schaffhauserin wurde im Dezember 2021 in der Wohnung eines Schaffhauser Anwalts von mehreren Männern brutal verprügelt. Die Aufnahmen der Szenen aus der Wohnung des Schaffhauser Anwalts haben sich in die Gedächtnisse eingebrannt – und ein Gefühl der Ohnmacht ausgelöst. «Es ist kein Einzelfall, aber aussergewöhnlich, dass er so detailliert dokumentiert ist», sagte SP-Kantonsrätin Isabelle Lüthi, die am Frauenstreik teilnahm.

In der Regel seien die Gewaltexzesse nicht so gut dokumentiert, dann werde die Glaubwürdigkeit des Opfers angezweifelt. «Auch in diesem Fall wurde trotz den Videoaufnahmen die Glaubwürdigkeit des Opfers angezweifelt», reklamiert Lüthi.

«Der Vorfall hat deutlich gezeigt, dass man den Opfern eine Mitschuld gibt, anstatt über die Schuld der Täter zu sprechen», doppelt Franziska Ramella vom Organisationskomitee des Streiks nach.

Die beiden sind der Meinung, dass Polizisten und Staatsanwälte geschult werden müssen, um ein besseres Fingerspitzengefühl für solche Fälle zu entwickeln.

Nein heisst Nein

Viele Opfer sprechen nicht über die erlebte Gewalt, sagten Frauen an der Demonstration. Das deckt sich mit einer Umfrage des GfS-Instituts aus dem Jahr



Hunderte Frauen demonstrierten am Freitag für bessere Löhne und gegen sexualisierte Gewalt.

BILD TILL BURGHERR

2019. Demnach melden nur zehn Prozent der Opfer sexueller Gewalt den Vorfall der Polizei. Lediglich acht Prozent erstatten Anzeige.

Opfer von Sexualdelikten schrecken daher vor einer Anzeige zurück. Hier erhoffen sich die Demonstrantinnen eine Verbesserung durch die «Nein heisst Nein»-Regelung. Das revidierte Sexualstrafrecht mit der neuen Definition der Vergewaltigung

VIDEO
Impressionen vom
Frauenstreik unter
www.shn.ch/click

tritt am 1. Juli in Kraft. Eine Vergewaltigung oder ein sexueller Übergriff und sexuelle Nötigung liegt neu bereits dann vor, wenn das Opfer dem Täter durch Worte oder Gesten zeigt, dass es mit der sexuellen Handlung nicht einverstanden ist, und dieser sich vorsätzlich über den Willen des Opfers hinwegsetzt.

Handlungsbedarf sehen die Frauen auch bei Altersarmut und Lohnungleichheit.

«Unbezahlte Care-Arbeit wird immer noch hauptsächlich von Frauen geleistet», betonte eine Demonstrantin.

Mehr bezahlbare Kitaplätze

Ausserdem sei die externe Kinderbetreuung sehr teuer. Dies führe dazu, dass häufig die Frauen die Kinderbetreuung übernehmen. Deshalb brauche es mehr bezahlbare Betreuungsplätze.

«Aktionstage haben zur Sensibilisierung beigetragen»

Heute findet die nationale Schlussfeier der Aktionstage für die Rechte von Menschen mit Behinderung statt. Was sich im Kanton Schaffhausen getan hat und wie die Zukunft aussieht, erzählt die sehbehinderte Luana Schena.

Anna Kiefer

SCHAFFHAUSEN. Seit 31 Tagen finden in der ganzen Schweiz Veranstaltungen zu den Aktionstagen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen statt. Heute ist der 32. und letzte Tag des Aktionsmonats. Die nationale Schlussfeier findet in Genf statt, aber auch Schaffhausen hat mit 60 Aktionen einen beachtlichen Teil zu den rund 1000 Aktionen in der ganzen Schweiz beigetragen. Anlass waren zwei Jubiläen. Im Jahr 2004 trat das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft und zehn Jahre später wurde schweizweit die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) in der ganzen Schweiz angenommen. Diese Konvention hält fest, dass Menschen mit Behinderungen ein Recht auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft haben. Ziel ist die Förderung der Inklusion.

Es gibt viele Vorteile

Um die Förderung der Inklusion geht es auch im neuen Beruf von Luana Schena. Seit zwei Wochen ist sie Fachverantwortliche Inklusion und Umsetzung UNO-BRK des Kantons Schaffhau-

sen, eine Stelle, die es bisher nicht gab. Zu ihren Aufgaben gehört es, einen Strategieplan zu entwickeln und die verschiedenen Dienststellen im Kanton zu beraten. Die 24-Jährige ist mit einer starken Sehbeeinträchtigung geboren und im Sarganserland aufgewachsen. Sie hat einen Bachelor in Geografie und studiert nun Politikwissenschaften an der Universität Zürich.

Während des Studiums arbeitete sie bereits an verschiedenen Orten. Bis vor Kurzem unterstützte sie die Beauftragten für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in der Stadt

Zürich. «In diesem Beruf war ich oft unterfordert und die Aufgaben sind meinen Fachkenntnissen nicht gerecht geworden», sagt Schena als Grund für ihren Wechsel. Obwohl sie in ihrem Beruf in Zürich nicht unterschätzt wurde, passiere dies oft in der Gesellschaft. «Man sieht immer nur die Herausforderungen, anstatt auch die Vorteile zu erkennen.» Ein Vorteil sei zum Beispiel, dass Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung sich weniger schnell ablenken lassen. In ihrem neuen Beruf sieht sie viele Chancen und eine grössere Verantwortung. Dass Luana Schena im

ersten Arbeitsmarkt Fuss fassen konnte, war mit vielen Herausforderungen verbunden. Oft musste sie sich in der Schule und später in der Arbeitswelt beweisen. Schlussendlich hatte sie das Glück, dass Lehrerinnen und Lehrer ihr Potenzial sahen und sie schnell merkte, dass sie viel Eigeninitiative brauchte.

Anliegen abholen

Im Rahmen der Aktionstage wurden zwei Foren des Kantons Schaffhausen angeboten. Diese sind Bestandteil der kantonalen Strategieentwicklung, die

der Regierungsrat dem kantonalen Sozialamt in Auftrag gegeben hat. Es wurde eine interdisziplinäre Projektgruppe aus Vertretern des Kantons, der Behindertenkonferenz und Vertretern, die selbst mit einer Behinderung leben, unter anderem Luana Schena, zusammengestellt. Als externe Projektleitung unterstützt die Firma «socialdesign» das kantonale Sozialamt.

An die Foren wurden Menschen mit Beeinträchtigungen eingeladen, um ihre Anliegen zur Inklusion in verschiedenen Lebensbereichen einzubringen. «Die Leute haben dieses Angebot geschätzt und waren dankbar, dass sie ernst genommen werden», sagt Schena. Die gesammelten Anliegen werden jetzt in den Strategieplan, den die interdisziplinäre Projektgruppe ausarbeitet, einfließen.

Neben diesem wichtigen Aspekt der Aktionstage – der Teilhabe am alltäglichen Leben – erklärt Schena an einem Beispiel einen weiteren Erfolg. Sie beobachtete bei einem Besuch im Restaurant «Tanne», wie zwei Gäste den Versuch wagten, blind zu bezahlen. Erst als sie blind waren, fiel ihnen auf, dass das Bezahlen auf einem Kartengerät, das nur mit Touchscreen bedienbar ist, unmöglich ist. Denn woher soll man wissen, wo sich welche Zahl auf dem Bildschirm befindet, um seinen Kartencode einzugeben. Daraus zieht Luana Schena eine Bilanz: «Die Aktionstage haben sicher zur Sensibilisierung und Haltung der Gesellschaft gegenüber Menschen mit einer Beeinträchtigung beigetragen.»



Die sehbehinderte Luana Schena trat vor zwei Wochen vor ihre Stelle als Fachverantwortliche Inklusion und Umsetzung UNO-BRK an.

BILD MELANIE DUCHENE